

# „Wir dürfen unseren Mittelstand nicht aufgeben“

Vorstellung einer Apotheken-Studie der RST Steuerberatungsgesellschaft

bro | NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) machte am vergangenen Montag in Berlin bei der Vorstellung der Gesundheitsstudie „Zukunft der Apotheken – Trends und Herausforderungen“ nochmal deutlich, dass er in der Arzneimittelversorgung keine Alternative zur Apotheke sieht. Doch gleichzeitig zeigte der Auftritt des Ministers in der Diskussionsrunde mit ABDA-Vizepräsident Mathias Arnold und Prof. Dr. Boris Augurzky auch, wie schwierig es ist, im Versandhandelskonflikt derzeit eine politische Lösung zu finden.

Die RST Steuerberatungsgesellschaft aus Essen hatte die Studie bei Prof. Dr. Boris Augurzky (hcb GmbH) in Auftrag gegeben (Ab S. 22 haben wir die Ergebnisse der Studie exklusiv für die DAZ-Leser zusammengefasst). Nach der Vorstellung der Studie, diskutierten – unter der Moderation von DAZ-Herausgeber Dr. Benjamin Wessinger – NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU), ABDA-Vizepräsident Mathias Arnold und Prof. Dr. Boris Augurzky. Laumann hielt eine kämpferische Rede pro Apotheke vor Ort, in der er klar machte, dass er Gegner des Versandhandels ist. Laumann sprach darüber, dass es in der Frage der Zukunft um den Apothekenmarkt nicht nur um die Apotheker gehe. Vielmehr sei diese eng verknüpft mit der ärztlichen Versorgung auf dem Land. Es gehe aber auch darum, den Mittelstand als solches zu schützen, zu dem Freiberufler und Kaufleute gehören. Der Gesundheitsminister ist auch der Meinung, dass die Apotheke an Bedeutung gewinnen wird. So sollten Apotheker beim Medi-

kationsmanagement mitwirken und noch viel häufiger möglichst individuell beraten. Aus Apothekersicht war der politische Höhepunkt in Laumanns Rede aber erreicht, als der Minister über den Versandhandel sprach. Laumann sagte: „Wir wollen keine Versandapotheken. Punkt. Das werden wir auch in allen Abstimmungen so kundtun. Wenn man ein solches Bild von der Apotheke hat wie ich, dann kann der Versandhandel auch gar keine Alternative sein.“ Es fielen außerdem Sätze wie „Ich will die inhabergeführte Präsenzapotheke“, „Es muss ein Bezug zum Inhaber erhalten bleiben“ oder „Wir dürfen unseren Mittelstand nicht aufgeben“.

## „Das bisschen Versandhandel“

In der anschließenden Diskussion wollte es Moderator Wessinger aber genauer wissen: Wie sieht es denn mit der Unterstützung der CDU beim Rx-Versandverbot aus? Gibt es noch realistische Chancen auf das Verbot?



Karl-Josef Laumann (CDU)

Laumann erklärte, dass „ein gewisser Sozialdemokrat mit Fliege“ das Verbot nicht wolle. Und so kommt er zu dem Schluss: „Sie werden im Bundestag keine Mehrheit dafür finden. Ich glaube nicht, dass wir es hinkriegen.“ Laumanns weitere Erklärungen zu dem Thema verärgerten allerdings einige anwesende Apotheker. Der Minister sagte, dass man sich um die Apotheke keine Sorge machen müsse, selbst ohne das Verbot. „In absehbarer Zeit besteht keine Gefahr“, schließlich sei der Marktanteil des Versandes gering. Laumann wörtlich zu einem Apotheker: „Das bisschen Versandhandel, was wir gerade haben, darüber sollten wir uns nicht aufregen.“

Doch Wessinger und die Apotheker ließen nicht locker und erklärten dem Minister, dass es im Versandhandelskonflikt aus ihrer Sicht eben nicht um eine „zu vernachlässigende Marktmacht“ gehe. Doch Laumann reagierte immer wieder mit dem Verweis auf die SPD, die dem Verbot nicht zustimmen werde. Der Minister wies darauf hin, dass derzeit darüber diskutiert werde, dass die Apotheker als Ausgleich mehr Honorar für die Beratung bekommen könnten. Er warne davor, die Apotheke zu einem „Gemischtwarenladen“ verkommen zu lassen. Vielmehr sollten sich die Apotheker auf ihre Stärken konzentrieren: Die Beratung zu Rx- und OTC-Arzneimitteln. Laumann erklärte auch, dass er gegen jede „Schwerpunktbildung“ in der Apotheke sei. „Jede Apotheke sollte sich in der Beratung auf das Arzneimittel-Vollsortiment konzentrieren“, so der CDU-Politiker. Das Thema Impfen in der Apotheke sprach der Minister nicht wörtlich an, riet den Apothekern aber davon ab, den Ärzten Leistungen abzusprechen. |

Foto: imago/Reimer Unkel